



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

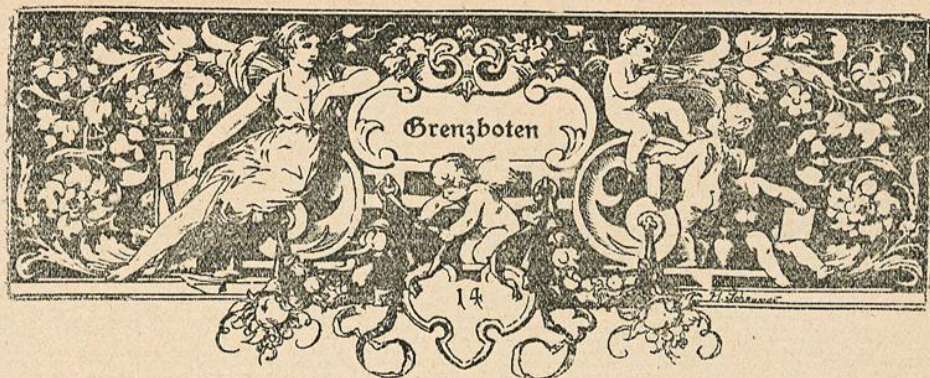
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Voraussetzungen der Demokratie

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Voraussetzungen der Demokratie

Von Dr. Karl Buchheim



In einer großen demokratischen Versammlung vor den Nationalwahlen hörte ich einmal einen jungen leidenschaftlichen Vertreter des Bolschewismus als Debatteredner. Er sagte, man spreche immer von den Gewalttaten und Greueln der Bolschewisten und werde ihrer großen Idee nicht gerecht. Dies sei die Idee der Gerechtigkeit. Sie verkläre und rechtfertige alle Taten der Bolschewisten. Es müßte gelingen, die Idee der Gerechtigkeit zu einer Wirklichkeit in dieser bis jetzt so ungerechten Welt zu machen. Die Gerechtigkeit sei es wert, auch mit Feuer und Schwert erzwungen zu werden, wenn es nicht anders gehe. Und wer einmal von der Idee der Gerechtigkeit leidenschaftlich erfüllt sei, dem mache es nichts aus, in ihrem Dienste auch über Leichen zu schreiten.

Daß die Praxis des Bolschewismus wirklich nach diesem Rezept verfährt, bemerken wir ja. Sie scheut selbst vor offener Verbrüderung mit dem gemeinen Verbrechertum nicht zurück. Wem ideologische Besessenheit noch nicht völlig das Gewissen und die kühle Überlegung geraubt hat, der muß sich sagen, daß auf diesem Wege alles andere eher als die Idee der Gerechtigkeit auf Erden verwirklicht wird. Doch finde ich: wenn der Bolschewismus glaubt, nur durch rücksichtslose Zerstörung, durch anarchistisches und verbrecherisches Niederreißen der alten Gesellschaft sein Ziel erreichen zu können, so liegt dieser Handlungsweise sicherlich ein dumpfes Bewußtsein davon zugrunde, wie ungeheuer schwierig das Unterfangen ist, die Idee der Gerechtigkeit in der Welt verwirklichen zu wollen. Vielleicht erfassen die Bolschewisten und Spartakisten diese Schwierigkeit instinktmäßig klarer wie die Sozialdemokraten, die den schönen Glauben aufbringen, die Welt gerecht machen zu können, ohne sie dabei zu zerschlagen. Die Berge sind gewaltig, die dieser Glaube versehen möchte.

Der Gedanke, eine gerechte Staatsordnung zu schaffen, ist ja auch das Ideal aller Demokraten. Es hat sich aber gezeigt, daß Gerechtigkeit im öffentlichen Leben durch bloße politische Einrichtungen nicht geschaffen werden kann. Es müssen auch schwerwiegende Voraussetzungen wirtschaftlicher, technischer und sittlicher Art erfüllt sein. Daß die wahre Demokratie wirtschaftliche Voraussetzungen hat, erkennen die heutigen Sozialdemokraten klar genug. Das wußte auch schon Rousseau, während es der bürgerliche Radikalismus des 19. Jahrhunderts nicht wahr haben wollte. Rousseau wollte den Kleinbetrieb und das kleine Privateigentum erhalten. Kein Bürger sollte einen wesentlich größeren Besitz haben als sein Nachbar, aber jeder sein Eigen. Im Jahre 1762, als der „Contrat social“ erschien, konnte man noch hoffen, sich einem solchen Ideal anzunähern. Seit aber die moderne Industrialisierung eingesetzt hat, seit man auf Großbetrieb und weitverzweigte Arbeitsteilung, auf komplizierte Maschinen und

riesige Kapitalien nicht mehr verzichten kann, ohne den ganzen ungeheuren wirtschaftlichen Fortschritt eines Jahrhunderts preiszugeben, ist die Zusammensetzung des Volkes aus lauter gleichen kleinen Besitzern undenkbar. Läßt man aber die Ansammlung großen überlegenen Reichtums in den Händen einzelner zu, dann ist wieder die Demokratie eine Unmöglichkeit, da die wirtschaftliche Macht die großen Kapitalisten stets aus der allgemeinen gleichen Masse der Bürger herausheben muß. Darum ist auf der jetzt erreichten Stufe des Großbetriebes und der Arbeitsteilung der Sozialismus die Konsequenz des demokratischen Gedankens. Wenn es nicht angeht, den Kapitalbesitz annähernd gleichmäßig unter die Bürger aufzuteilen, dann muß man, wenn man am demokratischen Ideal festhält, ihn überhaupt allen privaten Händen entziehen und die ganze Produktion des Volkes der Gesamtheit übertragen. Dann wird jeder Bürger, der überhaupt an der Produktion teilnimmt, auch der industrielle und kommerzielle Unternehmer oder der Leiter eines Rittergutes Angestellter der Gesamtheit. Alle schroffen und der demokratischen Gleichheit abträglichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen ihm und den übrigen Bürgern, besonders denen, die unter seiner Leitung arbeiten, alle Möglichkeiten, politischen Gegnern die Futterkrippe höher zu hängen, können sehr stark eingeschränkt oder verhindert werden. Die größte volkswirtschaftliche Schattenseite der sozialistischen Wirtschaftsordnung ist der zu befürchtende Rückgang der Produktion, wenn der Anreiz, reich werden zu können, wegfällt und dazu die Bureaufratifizierung der produktiven Arbeit. Aber davon soll hier nicht die Rede sein. Man wird soviel zugeben können, daß im Zeitalter des Großbetriebes und der Arbeitsteilung nur der Sozialismus der wirtschaftlichen Gleichheit der einzelnen Bürger einigermaßen näher bringt, und daß ohne wirtschaftliche Gleichheit auch die politische fragwürdig ist. Darum ist heute der Sozialismus die Konsequenz des demokratischen Ideals. Bei der praktischen Ausführung kann es natürlich dahingestellt bleiben, ob man wirklich alle Wirtschaftszweige sozialisieren muß. Es kann ja ganz gut sein, daß auf einzelnen Produktionsgebieten ein privater Klein- oder Mittelbesitz auch jetzt noch herrscht, der die demokratische Gleichheit der Volksgenossen genügend verbürgt: zum Beispiel unter Bauern oder Handwerkern. Der Sozialismus ist, recht verstanden, kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, nämlich zur Demokratie, zur Abschaffung der schroffen Unterschiede zwischen arm und reich. Es kommt nicht darauf an, erklärt Gustaf Steffen („Das Problem der Demokratie“, S. 39) gegenüber den sozialdemokratischen Radikalen, daß unter allen Umständen alles sozialisiert wird, sondern daß die Armut so gründlich wie möglich aus der Welt geschafft wird. Steffen nennt das sozialpolitischen Radikalismus im Gegensatz zum sozialistischen Radikalismus.

Selbst wenn es uns aber gelungen wäre, die nötige wirtschaftliche Gleichheit der Bürger als Voraussetzung der Demokratie zu schaffen, so erhebt sich weiter die Frage, wie es nun möglich sein soll, die Volksherrschaft technisch zu organisieren. Der moderne Nationalstaat eines so großen Volkes, wie es unser deutsches ist, ist ja viel zu groß, als daß es je möglich sein könnte, die Bürger irgendwo alle zusammenzuholen und sie über die Staatsangelegenheiten entscheiden zu lassen. Rousseau hat daraus den Schluß gezogen, daß der Großstaat eben für die Demokratie ungeeignet sei, und daß die freien Bürger sich deswegen lieber in kleinen Kantonen politisch organisieren möchten, wie es ihm aus seiner Heimat Genf vertraut war. Aber die Großstaaten bestehen nun einmal und haben im Zeitalter der Weltwirtschaft und Weltpolitik und des Nationalismus keine Veranlassung, sich um der demokratischen Forderung willen in kleine Kantone aufzulösen. Darum haben schon die Demokraten der französischen Revolution zum Repräsentativsystem gegriffen, obwohl ihr Meister Rousseau dieses Auskunftsmittel ausdrücklich ablehnt. Hier werden die Rechte des Volkes von einer Volksvertretung wahrgenommen. So ist das Vorbild der demokratischen Praxis von den großen Musterstaaten England, Amerika und Frankreich geschaffen worden, und so haben es die übrigen Staaten nachgebildet. Aber die Schäden liegen auf der Hand. In allen diesen Staaten sieht man, daß die Volksvertretung oft gar

nicht den wahren Volkswillen ausführt, daß sie einen eigenen Willen betätigt, Eliquenzwirtschaft treibt und womöglich gar das Volk betrügt. Das Volk hat nur am Wahltag ein Mitbestimmungsrecht, dessen Wert durch Korruption und Wahlschwindel auch noch stark beeinträchtigt wird. Sobald die Volksvertretung da ist, hat das Volk nichts mehr zu sagen. Auf die tatsächliche Gesetzgebung und Verwaltung hat es jedenfalls gar keinen Einfluß. Da sagt nun Gustaf Steffen im Gegensatz zu Rousseau, es sei auch gar nicht Prinzip der Demokratie, daß sich das Volk wirklich selber regiere. Das sei völlig unmöglich. „In einem modernen Arbeitsteilungs- und Großindustriestaate mit vielen Duzend Millionen freier Einwohner ist das Experimentieren mit unmittelbarem Regierungsdemokratismus nicht einmal denkbar“ (a. a. O. S. 80). „Demokratie“ sei gar nicht Selbstregierung des Volkes, sondern das was Rousseau „Volkssouveränität“ nennt, d. h. das Recht jeder Gruppe und Person im Volke zur Geltung zu kommen. Steffen definiert: „Demokratie ist die direkte und indirekte Beteiligung aller mündigen Männer und Frauen an aller politischen und wirtschaftlichen Machtausübung innerhalb der Gesellschaft — jedoch nicht als Selbstzweck, sondern ganz und gar dem allgemeinen Besten untergeordnet.“ (S. 87.) Die Demokratie kennt keine Regierung ohne Zustimmung der Regierten, heißt es an anderer Stelle. (S. 81.) Wir scheint aber, als sei in den praktisch verwirklichten Demokratien der Großstaaten die Beteiligung der meisten Männer und Frauen lediglich indirekt und als sei ihr Einfluß auf die direkten Regenten oft in einem Maße geringfügig, daß ein wahres Zerrbild der Demokratie entsteht. Der Wille der gewählten Funktionäre ist oft sehr wenig „dem allgemeinen Besten untergeordnet“, wohl noch viel weniger, als das schon Rousseau befürchtete. Steffen erkennt die Schwierigkeiten wohl und erörtert deshalb die Korrekturen, die man am Repräsentativsystem anbringen kann, um die Volksvertreter zu veranlassen, auch wirklich nach dem Willen des Volkes zu handeln. Er verwirft das imperative Mandat, das Referendum und die Initiative (Recht jedes Volksgenossen, eigene Gesetzesanträge zu stellen) als untauglich. Er rechnet auf ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Wähler und Gewähltem (das aber gerade bei der besonders demokratischen Verhältniswahl selten möglich sein wird) und empfiehlt Nachprüfung der Gesetze durch Volksabstimmung nach angemessener Probezeit und einen Senat mit Ausschubrechten in der Gesetzgebung.

Zu einem ganz anderen Standpunkte gelangt demgegenüber eine Broschüre des Schweizers Fied,¹⁾ die sich auch besonders mit den technischen Voraussetzungen der Demokratie befaßt. Der Verfasser läßt keineswegs das Repräsentativsystem als Form der Demokratie gelten, sondern er macht sogar einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Repräsentativstaaten und Demokratien. Die repräsentative Verfassung sei keine Demokratie; sie entspreche vielmehr dem, was im bekannten Verfassungsschema des Aristoteles (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) als Aristokratie bezeichnet werde (S. 18). Artikel 6 der schweizerischen Bundesverfassung stellt ausdrücklich Demokratie und Repräsentativverfassung in Gegensatz, und Fied sagt: „Parlamentarismus ist nicht Demokratie, sondern Gegensatz zur Demokratie“ (S. 29). Das Parlament solle nur vorberaten, das Volk entscheiden. Fied erläutert seine Lehre sehr wirkungsvoll an der Verfassung des Kantons Zürich und führt die Grundsätze seiner unparlamentarischen „deutschen“ Demokratie bis auf die Germania des Tacitus zurück. Im Gegensatz zu Steffen sieht er das Wesen der Demokratie nicht in der bloßen Volkssouveränität, sondern in der wirklichen Volksentscheidung über die Gesetze, die die repräsentative Versammlung nur vorzubereiten hat. Referendum und Initiative, die Steffen verwirft, werden hier als unbedingt notwendig gefordert. Fied ist auch der Meinung, daß diese Volksentscheidung keineswegs bloß in kleinen Kantonen möglich sei. „Heute — zurzeit der höchsten Blüte der Verkehrstechnik, steht nichts mehr im Wege, den Grundsatz der reinen Demokratie auch in Groß- und Weltstaaten durchzuführen.“ (S. 26.)

¹⁾ Dr. F. Fied, Deutsche Demokratie, Verlag J. F. Lehmann, München 1918. Fr. 1,50 M.

Ob da freilich nicht Fiel die Schweizer Möglichkeiten allzu rasch verallgemeinert? Zweifellos scheint er mir gegenüber dem Repräsentativsystem den reineren Begriff von Demokratie zu haben. Aber es dürfte nach wie vor sehr schwierig sein, die schwerfällige blinde Masse eines Großstaatsvolkes zum eigenen Gesetzgeber zu machen. Man könnte daran denken, diese Masse erst berufsständisch zu organisieren, damit jeder zunächst über die Fragen urteilen lernt, von denen er wirklich was verstehen kann. Aber es ist bekannt, daß dies sehr leicht zu einer Kasten- und Interessenpolitik führen müßte, die noch schlimmer ist als die Politik der jetzigen Parteien und Cliques. Da kommt nun ein Vorschlag von Felix Weltlich, der die Masse auf anderem Wege zur politischen Selbstbestimmung fähig machen möchte.²⁾ Das Volk soll hier nicht in berufsständische Kasten gegliedert werden, sondern jeder Bürger soll ganz frei mit allen denen zu einer Gruppe zusammentreten, die in irgendeiner Beziehung seine Gesinnungsgenossen sind. Er darf mehreren derartigen Vereinen — „Einzelgruppen“ nennt sie der Verfasser — angehören, aber nicht beliebig vielen, sondern etwa fünf, zum Beispiel für Katholizismus, Kapitalismus, Antisemitismus, Freihandel und Denkmalpflege. Jeder wird sich die Gruppen herausuchen, deren Sache ihm besonders am Herzen liegt, und wird Bestrebungen, die ihm weniger wichtig sind, nicht unterstützen. Ja, es ist möglich, daß er alle fünf Stimmen einer einzigen Gruppe widmet. Auf diese Art „wird erreicht, daß jeder gleichsam bereits in seinem Innern eine Majoritätsentscheidung fällt, und daß die Ziele, welche zum politischen Wettkampf miteinander antreten, auch wirklich die dem einzelnen wichtigsten sind“ (a. a. O. S. 21). Innerhalb der Einzelgruppe darf jeder Staatsbürger Anträge stellen und hat gleiches Stimmrecht. Beschlüsse einer Einzelgruppe gehen als Anträge an eine „Mittelgruppe“, die aus Abgeordneten solcher Einzelgruppen besteht, die etwas Gemeinsames in ihrem Programm haben. Beschlüsse der Mittelgruppen wiederum gehen als Anträge an die „Fachparlamente“, die aus Abgeordneten der Mittelgruppen bestehen. Es gibt drei Fachparlamente: eins für kulturelle, eins für wirtschaftliche Interessen, eins für Staatsnotwendigkeiten (Finanzen, Seerwesen, innere und auswärtige Politik). Von je drei Abgeordneten einer Mittelgruppe muß einer ins Parlament der Staatsnotwendigkeiten; die beiden anderen können beliebig verteilt werden. Die Beschlüsse eines Fachparlaments gelten auf den Gebieten, wofür sie zuständig sind, als Volksbeschlüsse. Für den Wahl- und Abstimmungsmodus macht Weltlich noch besondere Vorschläge, die alle den Zweck haben, brutale Majorisierungen eines Bürgers oder einer Gruppe zu verhindern. Denkt man sich das System ausgeführt, so würde in der Tat das Volk eine vollständig organisierte politische Masse sein, in der der Wille jedes einzelnen an einer Stelle zum Ausdruck käme, die seiner Urteilsfähigkeit und seinen Interessen völlig angepaßt wäre, und in der dieser Wille zweckdienlich weitergeleitet würde in immer größere Kreise der Gesamtheit. Aber freilich ist das System ziemlich kompliziert und setzt zu große Reife bei der Masse voraus. Es dürfte Millionen von Staatsbürgern geben, die nicht urteilsfähig genug sind, die für sie passenden Einzelgruppen herauszufinden, oder die zu danksaul sind, um Lust zu haben, sich überhaupt irgendwo anzuschließen, oder die selbst dann, wenn sie angeschlossen sind, ihre Bequemlichkeit zu sehr lieben, als daß sie gewillt wären, eine Meinung in der Gruppe zu äußern und zu vertreten. Das Berufs- und Geldsachinteresse veranlaßt die Leute ja zum Zusammenschluß, aber die „Einzelgruppe“ soll ja eben nicht durch Berufs- und Geldsachinteressen, sondern durch freie Überzeugung zusammengehalten werden. Schon jetzt gehen viele Wähler nicht einmal an dem einen Wahltag zur Urne. Wieviel schwerer wird es da sein, dauerndes Interesse für die Mitarbeit auch nur in einer dieser „Einzelgruppen“ zu erzielen. Beteiligt sich die große Masse aber nicht an den Einzelgruppen, dann ist es wieder nicht gelungen, den wahren Volkswillen zur Äußerung zu bringen. Dann betätigt sich

²⁾ Felix Weltlich, Organische Demokratie. Der Neue Geist, Verlag, Leipzig.

wiederum nur eine Minderheit politisch, und auch Weltzschs „organische Demokratie“ läuft auf eine Aristokratie hinaus.

Alle diese technischen Schwierigkeiten, wie es möglich sein soll, den wirklichen Volkswillen zur Geltung zu bringen, wären sofort beseitigt, wenn der Staat lauter Bürger von der nötigen sittlichen Reife und von wahren politischen Interesse hätte. Die wichtigsten Voraussetzungen der Demokratie sind allezeit sittlicher Natur gewesen. Eine Demokratie kann nur bestehen, wenn ihre Bürger wahrhaft demokratisch gesinnt sind. In einem kleinen Büchlein über „Deutsche Demokratie“ zählt Charmaß sehr hübsch die Grundsätze auf, mit deren Beobachtung jede Volksherrschaft stehe und falle.¹⁾ Erstens müsse sich der Zweck der staatlichen Gemeinschaft mit dem allgemeinen Besten decken. Zweitens müsse der einzelne bei dem geringsten notwendigen Maß von Einschränkung das höchste mögliche Maß von bürgerlichen Rechten genießen. Drittens dürfe die Staatsautorität der Volksautorität nicht feindlich gegenüberstehen. Und viertens müsse der Mehrheitswille auf die Minderheit schonende Rücksicht nehmen. Wie es aber möglich sein soll, Demokraten von solcher Gesinnung zu erzeugen, daß sie alle diese Grundsätze achten, darüber schweigt sich Charmaß aus. Offenbar ist er Optimist genug, sie dem deutschen Volke zuzutrauen. Wir stehen hier bei der schwierigsten und wichtigsten Voraussetzung der Demokratie.

„Demokratie und Unduldsamkeit,“ sagt Steffen (S. 105), „Demokratie und rücksichtslose Herrschsucht schließen einander aus. Demokratie und soziale Unwissenheit, Demokratie und soziale Voreingenommenheit, Demokratie und blinde soziale Parteilichkeit sind miteinander unvereinbar.“ Es gibt nun zweierlei Art, wie man sich die Beseitigung der undemokratischen Gesinnung der Menschen vorstellen kann. Man kann nach dem materialistischen Prinzip glauben, diese Untugenden seien das Erzeugnis des Milieus, der Unterdrückung und Beengtheit, in der die Menschen bisher leben mußten. So reden zum Beispiel die Bobhudler des Proletariats. Die Untugenden, die der Proletarier jetzt zeigt, sind nach Ansicht dieser Leute nur die Folge der elenden Zustände, unter denen er unter der bisherigen Klassenherrschaft vegetieren mußte. Ist erst einmal durch die Revolution der Bann gebrochen, ist der Proletarier zur Freiheit und Herrschaft berufen, dann wird er ganz von selber unter Anleitung seiner genialen Führer sehr bald in allen demokratischen Tugenden leuchten. Aus solchen Gedankengängen folgern radikale Sozialisten und Spartakisten die Theorie von der Diktatur des Proletariats als Übergang zu der allgemeinen Gleichheit und Freiheit aller Menschen. Die Klassenherrschaft des Proletariats soll nach dieser Lehre vermöge der Solidarität und hervorragenden Einsicht der Arbeiterklasse zur Herrschaft der demokratischen Tugenden unter den Menschen überleiten.

Es ist kein Zweifel, daß diese Lehre ein Wahn ist bei denen, die daran glauben, eine gewissenlose Demagogie bei denen, die mit ihr bewußt dem Böbel schmeicheln. Peccatur intra muros et extra! Das Bürgertum und die bisher herrschenden Schichten bestanden gewiß nicht aus Engeln, aber die sozialdemokratischen Arbeiter sind ebenso gewiß nicht besser und werden nicht tugendhafter werden, wenn sie zur Herrschaft kommen und ihren Dünkel pflegen können. Die sittlichen Qualitäten der Menschen heben sich durchaus nicht automatisch, wenn die äußere Lebensstellung verbessert wird. Vielmehr kann der plötzlich zur Macht Berufene sittlich noch stärker versagen, als der im äußeren Leben Gedrückte. Demokratische Tugend kommt nicht dadurch zur Herrschaft, daß man bisher beherrschte Massen statt der oberen Schichten zur Macht beruft, sondern nur dadurch, daß man in mühevoller Arbeit allen Menschen eine Gesinnung anerzucht, in der sie mehr Liebe zueinander und mehr Ehrfurcht vor der Menschenwürde des andern betätigen. Eine solche Gesinnung wird nicht die Solidarität der Arbeiterklasse erzeugen, — weil sie ihre Kraft zu sehr aus dem nackten Klassenegoismus zieht, — sondern nur das Christentum, von dem die heutigen sozialdemokratischen Machthaber leider wenig wissen wollen.

¹⁾ Richard Charmaß, „Deutsche Demokratie“. Bei Ed. Strache, Wien-Warnsdorf-Leipzig. 1918. S. 31 f.

Ich fürchte sehr, daß der Krieg, der jetzt zwischen Staat und Kirche droht, vor allem dem Staat und dem demokratischen Gedanken schweren Schaden bringen wird. Denn ich glaube, ohne die Kirche wird es schwer fallen, die inneren Bedingungen in der Gesinnung der Menschen zu schaffen, die ein demokratisches Gemeinschaftsleben ermöglichen. Nicht als ob ich leugnen wollte, daß auch außerhalb der Kirchen idealistisches Handeln gedeihen könne. Auch unter den Sozialisten und Materialisten gibt es vorzügliche Menschen. Ob diese Weltanschauungen sich aber eignen, auch der breiten Masse die Forderung idealistischen Handelns so als Gewissensmacht erscheinen zu lassen, daß sie wirkt oder bei jeder selbstfüchtigen Tat doch wenigstens das böse Gewissen die Hoffnung auf Besserung nicht ganz vag erscheinen läßt, das darf man füglich bezweifeln. Man mag die Schattenseiten der kirchlichen Erziehung noch so sehr hervorheben, eine solche erschütternde Verwahrlosung des staatsbürgerlichen Pflichtgefühls hat sie nicht zur Folge gehabt wie die sozialistische Agitation. Denn diese ist es, die unterstützt von der Verrohung durch den Krieg, den spartakistischen Terror erzeugt hat. Der sozialdemokratische Glaube, wie ihn die Masse versteht, ist viel zu materialistisch und klassenegoistisch, als daß von ihm eine Erziehung zu demokratischen Tugenden zu erwarten wäre. Die Klassensolidarität der Arbeiter erzieht nicht zu staatsbürgerlichem Solidaritätsgefühl, sondern eher von ihm weg. Das ist der Punkt, wo sich auch sozialdemokratische Führer den bedenklichsten Täuschungen über ihre eigenen Leute hingeben. Jene Ahnung zum wenigsten von praktischem Idealismus, wie sie in demokratischen Gemeinwesen auch die Masse braucht, wird man ohne Christentum nicht erzeugen. Freilich wird man sagen: was soll das Christentum helfen, da es ja eben keinen Einfluß mehr auf die Masse hat? Was die katholische Kirche anlangt, ist das zum mindesten nicht richtig. Ein äußeres Zeichen dafür ist, daß die Macht des Zentrums im katholischen Volke auch während der Revolution nicht erschüttert worden ist. Eine dankenswerte Sammlung innerer Zeugnisse für die Festigkeit der christlichen Weltanschauung in weiten katholischen Volksteilen liegt vor in drei Bänden Feldpostbriefen, die Professor Pfeilschifter in München herausgegeben hat.¹⁾ Für diesen Volksteil braucht man noch keine allzu große Sorge zu haben. Die evangelische Kirche aber muß eben noch einmal mit aller Anspannung um den Boden kämpfen, den sie im Volke verloren hat. Unter gebildeten Protestanten gibt es jetzt leider nur wenige, die sich Rechenschaft zu geben vermögen, wie sehr die Erhaltung des christlichen Glaubens im Volke und seine strammere Organisation Bedingung auch für die vaterländischen und demokratischen Hoffnungen ist, die wir noch haben können. Möchte diese Einsicht bald reifen!



Auf den Pfaden der Sozialisierung

Von Professor Wittschewsky

II



Die revolutionäre Erhebung vom 9. November vorigen Jahres war zunächst aus rein politischen Antrieben hervorgegangen und in ihren Anfängen auf die Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme nicht unmittelbar gerichtet. Sie mußte aber schon ihres proletarischen Ursprungs wegen alsbald auf das wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet übergreifen. Waren doch in den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei von jeher politische und wirtschaftliche Zielpunkte eng mit einander verbunden. Man betrieb den Ausbau der

¹⁾ Feldbriefe katholischer Soldaten, herausgegeben von Dr. Georg Pfeilschifter. 3 Bände. Freiburg i. Br., Herder, 1918.